

Die Rolle der Politik beim grenzüberschreitenden Natur- und Gewässerschutz am Oberrhein

Dr. Walter Caroli
Naturschutzpolitischer Landesbeauftragter
des NABU Baden-Württemberg:

Meine Damen und Herren,

was ich Ihnen vortrage ist eine subjektive Einschätzung der Rolle der Politik beim Natur- und Gewässerschutz am Oberrhein. Sie ist geprägt durch mein 18-jähriges Engagement als Umweltpolitiker im Landtag von Baden-Württemberg, in der gemeinsamen Arbeitsgruppe Regionalrat Elsass und Landtag Baden Württemberg, dem Vorläufer des Oberrheinrates, im Oberrheinrat und im kommunalen grenzüberschreitenden Zweckverband Vis-à-Vis.

Als naturschutzpolitischer Sprecher des NABU Baden-Württemberg setze ich seit 2006 das umweltpolitische Engagement auf ehrenamtlicher Basis fort.

An den folgenden fünf Fragen werde ich mich orientieren:

1. An welchem Leitbild für den Rhein soll sich die Politik orientieren?
2. Welche Rolle spielen Gewässer- und Naturschutz am Rhein bei den politischen Entscheidungsträgern?
3. Funktioniert die deutsch-französische bzw. deutsch-französisch-schweizerische Umweltzusammenarbeit?
4. Wie muss sich das Engagement auf den politischen Ebenen und bei den Verbänden ändern, damit der Gewässer- und Naturschutz am Rhein eine stärkere Lobby erhält?
5. Welche Initiativen und Instrumente sind viel versprechend?

Meine Damen und Herren,

wenn man sich die politischen Gremien, Institutionen und Initiativen, die sich mit Fragen des Oberrheingebietes beschäftigen, ansieht, ist man zunächst geblendet von der Fülle. Bei genauerem Hinsehen fällt aber auf, dass vieles unkoordiniert verläuft und durch das Vielerlei von politischen Zuständigkeiten die schnellen Entscheidungswege verbaut sind.

Hinzu kommt, dass sich die politischen Bemühungen um eine Verbesserung der Situation am Rhein auf spezifische Teilaspekte konzentrieren und sich jeweilige Fachgremien darum kümmern. Eine leitbildorientierte, von den politischen Entscheidungsgremien in den betroffenen Ländern akzeptierte und systematisch verfolgte Gesamtstrategie für den Rhein ist aber nur in Ansätzen erkennbar.

Dieses Leitbild sollte der **Rhein als Lebensraum für Mensch, Tiere und Pflanzen sein**. Mit dieser Vision werden die alten Funktionen des Stromes als Schifffahrtsstraße, als Trinkwasserspender, als Erzeuger erneuerbarer Energie, als Kühlwasserlieferant und als Transporteur der kommunalen und industriellen Abwässer nicht in Frage gestellt, aber in entscheidender Weise ergänzt.

Die Umwelt- und Fischereiverbände sollten darauf achten, das ist die erste Forderung, die ich hier stelle, dass bei jeder politischen Entscheidung, die den Rhein betrifft, die Umweltverträglichkeit im Sinne der Nachhaltigkeit zu prüfen ist. Dabei ist die ökologische Frage als zumindest gleichwertig zu behandeln.

Wie schwierig dies im praktischen Vollzug ist, möchte ich am Beispiel des Integrierten Rheinprogramms aufzeigen:

Im Rahmen des gigantischen Unternehmens werden gegenwärtig in der Projektphase 3 mit erheblicher zeitlicher Verzögerung die 13 vorgesehenen Rückhalteräume am Oberrhein geplant und umgesetzt.

Von dem vorgesehenen Retentionsvolumen von 170 Millionen cbm sind bisher nur ca. 40 % erreicht. Als langjähriger Vorsitzender des Ausschusses für Umwelt und Verkehr des baden-württembergischen Landtages habe ich alle zwei Jahre erfahren müssen, dass die Geschwindigkeit bei der Umsetzung der Hochwasserschutzmaßnahmen von der jeweiligen Kabinettsentscheidung und der Etatbewilligung im Landtag abhing. Und dies vor dem Hintergrund eines errechneten 6-Milliarden-Schadens im nordwestlichen Baden-Württemberg im Falle eines 200jährlichen Hochwassers.

Nach Abschluss des Planfeststellungsverfahrens droht bei jedem Standort ein Abrücken von den im Landeskabinett festgelegten gleichrangigen Zielen Umweltverträglicher Hochwasserschutz und Erhaltung und Wiederherstellung einer naturnahen Auelandschaft, wenn die betroffenen Kommunen Widerstand leisten. So ist beispielsweise die beste ökologische Variante am Standort Bellenkopf/Rappenwört wegen des Widerstandes in Karlsruhe und im Nachbarland Reinland-Pfalz nicht zum Zuge gekommen.

Ich möchte an dieser Stelle festhalten:

Der 200jährige Hochwasserschutz durch das Integrierte Rheinprogramm ist nicht aufschiebbar, eine Verwässerung der umweltpolitischen Ziele, beispielsweise durch Reduktion der ökologischen Flutungen ist mit dem Leitbild des artenreichen und durchgängigen Lebensraumes Rhein nicht vereinbar.

Die Landesregierung Baden-Württemberg muss endlich sicherstellen, dass der Bau planfestgestellter Polder so durchfinanziert wird, dass keine Verzögerungen eintreten. In diesem Jahr erfolgt die Haushaltszuweisung an die Wasserwirtschaft wohl erst im August. Es wird doch völlig unökonomisch verfahren, wenn Baustellen stillgelegt und wieder angefahren werden müssen.

Beim derzeitigen Tempo ist der letzte Polder 2040 oder noch später fertig gestellt.

Immer wieder auftretende Störversuche einzelner Politiker zeigen, dass auch beschlossene Maßnahmen stets revidiert werden können, wenn die Botschaft der Beschlüsse nicht in den politischen Köpfen angekommen ist.

Es ist deshalb wichtig, dass die Umweltverbände die Projekte intensiv begleiten und ggf. mit rechtlichen Schritten korrigierend einwirken.

Ganz entscheidend für den ökologischen Fortschritt am Rhein ist die Effizienz bzw. das Zustandekommen der dt.-frz. bzw. dt.-frz.-schweizerischen Umweltzusammenarbeit am Oberrhein. Im Oberrheinrat, dem ich bis 2006 angehörte, haben sich die Bemühungen darin erschöpft, Appelle an die jeweilige Entscheidungsebene in den zuständigen Ländern zu richten und sich untereinander zu verständigen, was in seiner Wirkung nicht unterschätzt werden sollte. Die Schwäche dieses Gremiums der Gewählten ist der Mangel an Entscheidungskompetenz u.a. wegen des hierarchischen Aufbaus von

Vorstand und Plenum, was zu wenig zu parlamentarischer Betriebsamkeit motiviert.

Die Entscheidungsbefugnisse des Oberrheinrates sollten deshalb erweitert werden, ein eigenes Budget und Büro für die Organisation bereitgestellt und die Arbeit mit der Oberrheinkonferenz sehr viel stärker verzahnt werden.

Dies ist schon deshalb wichtig, weil die hier Versammelten ein unmittelbares Interesse an den diskutierten Themen haben, was in Paris und Stuttgart nach meiner Einschätzung nur sehr eingeschränkt vorausgesetzt werden kann. Die ökologische Qualität des Rheins spielte im zuständigen Fachministerium und im Umweltausschuss des baden-württembergischen Landtages eine große Rolle, im Gesamtkontext der politischen Diskussion aber keineswegs. Dabei haben der Neckar und die Donau dieses Schicksal bisher durchaus geteilt. Ungeteilte Aufmerksamkeit würde dem Rhein nur im Hochwasserkatastrophenfall zuteil. Daraus ist zu folgern, dass der politische Druck aus der Oberrheinregion selbst kommen muss.

Ein Wirrwarr an Gremien und Initiativen wie Oberrheinrat, Oberrheinkonferenz, Metropolregion, grenzüberschreitende Zweckverbände, Pamina, Regio, Eurodistrikte, und, und, und..., behindert die Durchsetzungsfähigkeit der politischen Ziele bei den politischen Entscheidungsträgern.

Ohne ein fertiges Konzept anbieten zu können **stelle ich die Forderung, die Sprachfähigkeit der Region durch Bündelung, Konzentration und Entzerrung zu verstärken, ggf. durch Verzicht auf unnötige Gremien (wie dies beispielsweise bei der Auflösung der überflüssig gewordenen Arbeitsgruppe Centre im Bereich des Ortenaukreises und des Großraumes Straßburg schon geschehen ist.)**

Meine Damen und Herren,

welche politischen Chancen hat die ökologische Aufwertung des Oberrheins?

Ich sehe die entscheidenden Schritte weniger bei den politischen Aktivitäten in den Anrainerstaaten. Der entscheidende Anstoß kam von der EU-Gesetzgebung (Natura 2000 und Europäische Wasserrahmenrichtlinie) Deutschland und Frankreich werden durch die

Richtlinien zu einem zeitgleichen koordinierten Vorgehen gezwungen. Bei Zuwiderhandeln drohen Sanktionen.

Die grenzüberschreitende Umsetzung eröffnet die Chance der dauerhaft umweltgerechten Nutzung der Rheinlandschaft und der Sicherung und Regeneration großer Teile der Rheinaue.

Nach der Ausweisung der Vogelschutz- und FFH-Gebiete sollten die Umweltverbände jetzt darauf drängen, dass ein ökologisch ausgerichteter Pflege- und Entwicklungsplan grenzüberschreitend für die Rheinniederung erstellt wird.

Wenn das hoffentlich bald beschlossene dt.-frz. Ramsar-Gebiet Oberrhein, dessen Kulisse mit den Natura 2000-Gebieten identisch ist, künftig in einer Reihe mit weltweit bekannten Feuchtgebieten wie die Everglades oder die Camarque genannt werden kann, entstehen zusätzliche Impulse für eine politisch gewollte ökologische Aufwertung der Rheinniederung.

Hervorragende Grundlagen stehen dafür zur Verfügung: Ich nenne beispielhaft die Meldungen zur Kulisse der FFH- und Vogelschutzgebiete, Rahmenkonzept IRP, die Konzeptionen zum Schutz der südlichen und nördlichen Rheinniederung und die Biotoptypenlisten und Tierartenliste der dt.-frz.-schweizerischen Oberrheinkonferenz.

Im Interesse der sachgerechten Umsetzung der Europ. Wasserrahmenrichtlinie ist es dringend erforderlich, dass die zersplitterten Verantwortlichkeiten miteinander verzahnt werden.

Die Verwaltung der Bundeswasserstraßen muss sich mit den Zielen der Richtlinie befassen und ihre Maßnahmen in Koordination mit den Bundesländern abstimmen.

Auch hier sehe ich erheblichen Handlungsbedarf für die Umwelt- und Fischereiverbände, auf die Politik einzuwirken, die sich dieses Themas meines Wissens noch zu wenig angenommen hat. Dass dies funktionieren kann, zeigt als positives Beispiel das NABU-Rheinprojekt mit dem rund 3 km Uferstrecke durch intensive Kooperation zwischen Landes- und Bundesbehörden renaturiert werden konnten.

Für dringend erforderlich halte ich auch Projekte der grenzüberschreitenden Freiraumplanung, um dem ungebremsten Flächenverbrauch Einhalt zu gebieten.

Die ökologische Aufwertung des Rheins ist kein Selbstläufer. Der Natur- und Gewässerschutz am Oberrhein braucht deswegen eine starke Lobby mit Verbündeten aus der Politik der Region. Ökologie und Ökonomie stehen sich dann nicht entgegen, wenn das Leitbild Oberrhein als Lebensraum für Tiere, Menschen und Pflanzen im Vordergrund steht. Auf keiner politischen Ebene ist die konsequente Verfolgung des Leitbildes einer nachhaltigen Entwicklung des Oberrheins zu erwarten. Deshalb bedarf es der dauernden Anstöße und Kontrolle durch Verbände und Institutionen. Hierbei kann auch hilfreich sein, die Politik mit positiven Entwicklungsbeispielen aus anderen europäischen Flusssystemen zu konfrontieren, damit wir stärker als heute von einander lernen.

Die Kommission zum Schutze des Rheins (IKSR) hat mit ihren Programmen Lachs 2000 und Rhein 2020 ehrgeizige Ziele für die Sanierung des Rheins formuliert und einiges umgesetzt. Es muss jetzt weitergehen.

Die Vorstellung eines umfassenden Forderungskataloges auf der Rheinministerkonferenz ist deshalb so außerordentlich wichtig, damit der eingeschlagene Weg noch konsequenter als bisher weiter verfolgt wird und dabei auch die Vorgaben der Europäischen Wasserrahmenrichtlinie (2000/60/EG) – in grenzüberschreitender Zusammenarbeit alle Gewässer in der Flussgebietseinheit Rhein bis 2015 nicht nur „sauber“ zu halten, sondern auch ökologisch wieder herzustellen – umgesetzt werden.

Meine parlamentarische Erfahrung sagt mir, **dass wegen der zersplitterten Zuständigkeiten und immer noch mangelnder Sensibilisierung darüber hinaus eine grenzüberschreitend koordinierte politische Lobbyarbeit der Verbände dringend organisiert werden muss, um politische Fürsprecher auf allen politischen Ebenen zu gewinnen.**

Bei diesem Punkt möchte ich ein klares Wort an die Verbände richten:

Wer von der Politik die Erkenntnis der großen Bedeutung der Entwicklung am Oberrhein einfordert und dabei auf Entschlossenheit, Einigkeit, Klarheit und zielgerechtes Vorgehen pocht, sollte selbst ein Beispiel geben können.

Zu fordern ist

- 1. eine von den Verbänden gemeinsam finanzierte Koordinationsstelle,**
- 2. eine Öffentlichkeitsarbeit, die an den verschiedenen Standorten Veranstaltungen mit Erlebnischarakter durchführt, um die Bevölkerung für die Vision des Lebensraumes Rhein zu gewinnen**
- 3. eine gemeinsame Internetplattform, die in attraktiver Weise über alle Aspekte der Entwicklung des Rheines und seiner Niederungen informiert und**
- 4. die Entwicklung einer politischen Lobbyismusstrategie, um dem Thema auf allen politischen Ebenen der betroffenen Länder mehr Bedeutung zu verschaffen.**